

**Postulat Meile Katharina und Mit. über die Desinvestition aus fossilen Energieträgern**

eröffnet am 30. Januar 2017

Der Regierungsrat wird beauftragt, alles zu unternehmen, damit der Kanton sowie dessen öffentlich-rechtliche Anstalten und Unternehmen, an denen der Kanton beteiligt ist, keine Anlagen in Konzerne tätigen, welche fossile Energieträger wie Erdöl, Erdgas oder Kohle fördern oder entsprechende Rohstoffreserven besitzen. Bestehende Investitionen (Aktien, Obligationen usw.) in solche Unternehmen sollen innerhalb von fünf Jahren abgestossen werden.

Begründung:

Wer in fossile Energien investiert, treibt die Erwärmung unseres Klimas voran und gefährdet weltweit unsere Lebensgrundlagen. Schon allein aus Gründen des Klimaschutzes müssen daher dringend Gelder aus entsprechenden Geschäftsfeldern abgezogen werden. Die frei gewordenen Mittel können in andere Investitionen fliessen, namentlich für Energieeinsparungen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Investitionen in fossile Energien sind aber auch ein grosses Risiko für die Anlegerinnen und Anleger, wozu auch die öffentliche Hand gehört. Das Risiko ist auch bekannt unter dem Namen «Carbon Bubble»: Wenn alle bekannten fossilen Energiereserven (Kohle, Öl und Gas) verbrannt werden, dann entsteht viel mehr CO₂, als für das globale Ziel von maximal 2 Grad Temperaturerhöhung erlaubt ist. Aktuell entsprechen die bekannten Erdöl-, Gas- und Kohlevorkommen im Besitz von privaten Unternehmen oder Regierungen einem CO₂-Ausstoss von rund 2800 Milliarden Tonnen. Um das 2-Grad-Ziel zu erreichen, dürften davon höchstens noch 20 Prozent verbrannt werden. Wird das 2-Grad-Ziel ernst genommen, wirksame Massnahmen getroffen und das Ziel durchgesetzt, sind 80 Prozent der Rohstoffreserven dieser Unternehmen praktisch wertlos. Das Verlustrisiko ist enorm und nicht tragbar.

Meile Katharina

Töngi Michael

Reusser Christina

Frey Monique

Celik Ali R.

Stutz Hans